

NIEDERSCHRIFT

über die Öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt

Marburg

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 29.10.2010, 16:00 Uhr

Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesenheit:

Herr Stadtrat Biver, Nico - Marburger Linke
Herr Stadtrat Hertlein, Jürgen - SPD
Herr Bürgermeister Dr. Kahle, Franz - B 90 / Die Grünen
Frau Stadträtin Laßmann, Alev - B 90 / Die Grünen
Frau Stadträtin Müller-Wickenhöfer, Johanna - FDP
Herr Stadtrat Rehlich, Jürgen - CDU
Herr Stadtrat Reinhard, Friedrich - CDU
Frau Stadträtin Schulze-Stampe, Ursula - SPD
Frau Stadträtin Sewering-Wollanek, Dr. Marlis - SPD
Herr Stadtrat Sprywald, Klaus - SPD
Herr Stadtrat Stötzel, Wieland - CDU
Herr Stadtrat Stürmer, Roland - B90/Die Grünen
Herr Oberbürgermeister Vaupel, Egon - SPD
Frau Stadträtin Dr. Weinbach, Kerstin - SPD
Herr Acker, Matthias - SPD
Herr Backes, Björn - SPD
Herr Becker, Reinhold - SPD
Frau Biebusch, Monika - SPD
Frau Böttcher, Bettina - SPD
Herr Büchner, Thorsten - SPD
Frau Daser, Dagmar - SPD
Frau Dinnebier, Kirsten - SPD
Herr Hebert-Henkel, Helmut - SPD
Herr Hussein, Schaker - SPD
Frau Lotz-Halilovic, Erika - SPD
Herr Löwer, Heinrich - SPD
Frau Mertins, Barbara - SPD

Herr Meyer, Uwe - SPD
Herr Dr. Musket, Ralf - SPD
Frau Seelig, Johanna - SPD
Frau Sell, Sonja - SPD
Herr Severin, Ulrich - SPD
Herr Weidemann, Gerald - SPD
Frau Wölk, Marianne - SPD
Frau Ackermann, Barbara - CDU
Frau Gottschlich, Hannelore - CDU
Herr Heck, Hermann - CDU
Herr Jannasch, Manfred - CDU
Frau Kaufmann, Anita - CDU
Herr Kissel, Winfried - CDU
Herr Lohse, Ingo - CDU
Frau Mehnert, Ute - CDU
Frau Oppermann, Anne - CDU
Herr Pfalz, Roger - CDU
Frau Dr. Röder, Claudia - CDU
Frau Röhrkohl, Anni - CDU
Herr Sauer, Florian - CDU
Frau Schaffner, Karin - CDU
Herr Scherer, August - CDU
Herr Stompfe, Philipp - CDU
Herr Vaupel, Dirk - CDU
Herr von Ploetz, Jan - CDU
Herr Dr. Wulff, Reimer - CDU
Frau Dr. Baumann, Petra - B 90 / Die Grünen
Frau Busch, Johanna - B90/Die Grünen
Frau Dorn, Angela - B90/Die Grünen
Herr Flohrschütz, Rainer - B 90/Die Grünen
Herr Göttling, Dietmar - B 90 / Die Grünen
Frau Köhler, Sabine - B90/Die Grünen
Frau Neuwohner, Elke - B 90 / Die Grünen
Frau Dr. Perabo, Christa - B 90 / Die Grünen
Herr Schäfer, Wolfram - B 90 / Die Grünen
Frau Dr. Therre-Staal, Elke - B90/Die Grünen
Frau Adsan, Halise - Marburger Linke
Herr Prof. Dr. Fülberth, Georg - Marburger Linke
Frau Kolter, Astrid - Marburger Linke
Frau Schäfer, Birgit - Marburger Linke
Herr Dr. Weber, Michael - Marburger Linke

Herr Prof.Dr. Dingeldein, Heinrich - FDP

Herr Sawalies, Torsten - FDP

Frau Schwebel, Gerlinde - FDP

Herr Ludwig, Heinz - MBL

Herr Dr. Uchtmann, Hermann - MBL

Entschuldigt fehlen:

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer - SPD-Fraktion - eröffnet die Sitzung um Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellung wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:07 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Die Stadtverordnete Anni Röhrkohl (CDU) hat heute Geburtstag. Der Stadtverordnetenvorsteher gratuliert zusammen mit dem Oberbürgermeister im Namen gesamten Hauses und überreicht einen Blumenstrauß.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 24. September 2010 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche der ausgedruckten Fassung des Protokolls werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift als genehmigt.

Zur heutigen Tagesordnung liegt eine weitere Vorlage des Magistrats vor.

Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stadt der Budgets zum 30.09.2010 VO/1579/2010

Die Vorlage ist bereits im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Stadtverordnetenvorsteher fügt diese Vorlage als Tagesordnungspunkt 15.4 in die heutige Tagesordnung ein.

Anschließend gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die angemeldeten Aussprachen und die von den Ausschüssen empfohlenen Zurückstellungen von Vorlagen.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden aus dem Hause nicht vorgetragen. Die Tagesordnung gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Fragestunde

zu 3.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 1 10/2010)
Vorlage: VO/1591/2010

Wer ist dafür verantwortlich, dass im Haus Am Plan 3 (Kulturdenkmal, ehemals Universitätsgebäude, im Jahr 2009 von der Stadt erworben) in die durch Sprossenfenster harmonisch gegliederte Fassade drei neue, sprossenlose Fenster eingebaut wurden? Sollte die Stadt mit ihren eigenen Gebäuden nicht betont vorbildhaft umgehen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Diese Lösung ist übergangsweise realisiert worden, um die Rettungswege für die Mitarbeiter des Jugendamtes sicherzustellen. Nach Rückzug des Jugendamtes in das Gebäude am Wilhelmsplatz werden die Sprossenfenster wieder eingebaut.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 3.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 2 10/2010)
Vorlage: VO/1592/2010

Was ist aus den Bestrebungen geworden, eine Allianz betroffener Kommunen zur Lösung der Probleme mit entlassenen Sicherungsverwahrten zu bilden? (Bezug: Lübecker Nachrichten vom 03. August 2010).

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Kontakt zur Stadt Lübeck besteht, die Idee, eine Allianz zu gründen, wie in dem Zeitungsartikel vom 3. August 2010 erwähnt, wurde nicht weiter verfolgt. Ein Länderübergreifendes Konzept für den Umgang mit entlassenen Sicherungsverwahrten ist meines Wissens nicht geplant. Die Fragen und Probleme, die sich ergeben, müssen in so genannten Fallkonferenzen vor Ort angegangen werden.

Eine Allianz bilden die Städte im Hessischen Städtetag. Sie haben erst im September 2010 einen Beschluss gefasst mit der das Justizministerium aufgefordert wird, die Städte rechtzeitig zu informieren und bei ihrer Aufgabenstellung tatkräftig zu unterstützen.

Im Moment warten alle auf die Grundsatzentscheidung des BGH.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Ab 16:19 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Therre-Staal (Bündnis 90/Die Grünen) die Sitzungsleitung.

zu 3.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ralf Musket (Nr. 3 10/2010)
Vorlage: VO/1593/2010

Auf welchen Flächen in der Stadt sind bisher Blumenwiesen angelegt worden und welche Grünflächen sind noch dafür vorgesehen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In 2010 wurden insgesamt 1.540 m² Fläche mit Blumenansaat an verschiedenen Stellen in Marburg angelegt. Das sind im folgenden:

- Verkehrsinsel Marburger Straße / Umgehungsstraße / Cappel
- Heusingerstraße / Kernstadt
- Parkanlage Pfaffenwehr / Kernstadt
- Verkehrsinsel Gisselberger Straße / Graf-v.-Stauffenberg-Straße / Ockershausen
- Wiese Gisselberger Straße / Ockershausen
- Verkehrsinsel Weintrautstraße / Kurt-Schumacher-Brücke
- Verkehrsinsel In der Badestube / Richtsberg
- Parkplatz & Flächen an der Turnhalle Waldschule Wehrda
- Mensaterrassen
- Wiese Himbornstraße / Schröck
- Grundschule Wehrshausen
- Schlosspark, Haupteingang

Das Anlegen von weiteren Flächen mit Blumen-/Kräuteransaat hängt von der Haushaltslage 2011 ab.

zu 3.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ralf Musket (Nr. 4 10/2010)
Vorlage: VO/1594/2010

Wann und an welchen Orten soll die im Rahmenplan Ockershausen vorgesehene Baumbepflanzung durchgeführt werden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Rahmenplan Ockershausen sieht keine konkreten Baumpflanzungen vor, diese werden auf detaillierter Planungsebene geregelt. Im Heiligen Grund wird der Obstbaumlehrpfad sukzessive ergänzt.

Unabhängig davon überprüft der Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur zur Zeit Standortpotenzial für weitere Baumpflanzungen im Rahmen des 1.000 Bäume-Programms.

zu 3.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 5 10/2010)
Vorlage: VO/1595/2010

Inwieweit wird sich der diesjährige Weihnachtsmarkt an der Elisabethkirche von demjenigen des Jahres 2009 gemäß dem einstimmigen Beschluss der

Stadtverordnetenversammlung vom 29. Januar 2010 unterscheiden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Zunächst einmal gibt es für den Weihnachtsmarkt an der Elisabethkirche bessere bauliche Voraussetzungen als im vergangenen Jahr. Der Platz auf der Nordseite der Kirche wurde ebenso mit Steinplatten hergerichtet wie es auf der Südseite bereits seit einigen Jahren der Fall ist. Bei der baulichen Gestaltung mit dem Podest im Mittelbereich wurden die Erfordernisse insbesondere der Platzbedarf für den Weihnachtsmarkt in Übereinstimmung mit dem Kirchenvorstand und städtebaulichen Aspekten gebracht, so dass künftig ein attraktiver Rundkurs über den Weihnachtsmarkt möglich ist.

Die Gestaltung der Stände in diesem Bereich ist erstmals einheitlich mit attraktiven Holzhütten, d. h. dass es dort keine Buden mit Kirmescharakter mehr gibt. Für 2011 ist in Abstimmung mit dem Marktveranstalter vorgesehen, dass auch die Stände vor der Kirche und auf der Südseite durch Holzhütten ersetzt werden.

Für den Markt konnten einige zusätzliche Stände gewonnen werden. Im Kunsthandwerksbereich wird es einen Glasbläserstand geben und im kulinarischen Bereich einen Marburger Händler mit mediterranen Produkten.

Insgesamt ist die Akquisition von Angeboten mit Produkten aus dem Marburger Raum außerordentlich schwierig. In Frage kommende und angesprochene Händler reagieren oft abwehrend mit Hinweisen auf das vorhandene Ladengeschäft in Marburg („Zusätzliche Hütte auf dem Weihnachtsmarkt bringt nichts.“) und zusätzlichen Personalkosten. Im Unterschied zu kleinen Märkten in der Umgebung, bei denen man schon mal Samstag/Sonntag steht, sei es kostenmäßig nicht darstellbar rund vier Wochen auf dem Weihnachtsmarkt präsent zu sein. Auch Buden mit nach mehreren Tagen wechselndem Laden wurden abgelehnt.

Auch regionales Kunsthandwerk ist kaum dazu zu bewegen teilzunehmen, weil es wirtschaftlich und personell für diese über vier Wochen nicht darstellbar ist.

Hinsichtlich einer Kontrolle zu fair gehandelter Ware und dem nachweislichen Ausschluss von Kinderarbeit ist festzustellen, dass solche Kontrollen mit vernünftigem Aufwand faktisch nicht möglich sind. Dabei muss man sich auf die Angaben der Standbetreiber verlassen, die dieses aber teilweise selbst nicht genau wissen.

Unter dem Strich ist festzustellen, dass gegenüber 2009 in 2010 ein deutlicher Schritt in Richtung auf einen attraktiveren Weihnachtsmarkt an der Elisabethkirche im Sinne des Stadtverordnetenbeschlusses von Anfang 2010 gemacht werden wird, weitere Verbesserungen in 2011 geschehen werden, dass aber auch einige Aspekte des Beschlusses sich praktisch nicht umfassend werden umsetzen lassen. Die AG Weihnachten mit Beteiligten aus Marktveranstaltern, Werbekreisen, Kirchen, Stadtverwaltung, Einzelhandel u. a. wird jedoch weiter daran arbeiten.

Vorlage: VO/1615/2010

Bei der Vorbereitung der Bebauung des Anwesens Erlenring 13 (sog. Studierendenwohnanlage) wurde in Aussicht gestellt, dass alle Dächer mit Solaranlagen ausgestattet werden sollten. Laut Luftaufnahme der "Oberhessischen Presse" fehlen diese. Warum ist dies der Fall und besteht u. U. ein Zusammenhang mit einer etwaigen Erweiterung durch ein fünftes Stockwerk?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Bauherren beraten zurzeit mit den Teileigentümern die Montage von PV-Elementen. Eine Erweiterung um ein weiteres Geschoss ist bekanntermaßen wegen der damit verbundenen Höhenüberschreitung ausgeschlossen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 3.7

Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 7 10/2010)
Vorlage: VO/1596/2010

Da die Fragestellerin nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Bei der Vorbereitung der Bebauung des Anwesens Erlenring 13 (sog. Studierendenwohnanlage) wurde in Aussicht gestellt, dass alle Dächer mit Solaranlagen ausgestattet werden sollten. Laut Luftaufnahme der "Oberhessischen Presse" fehlen diese. Warum ist dies der Fall und besteht u. U. ein Zusammenhang mit einer etwaigen Erweiterung durch ein fünftes Stockwerk?

Die Bauherren beraten zurzeit mit den Teileigentümern die Montage von PV-Elementen. Eine Erweiterung um ein weiteres Geschoss ist bekanntermaßen wegen der damit verbundenen Höhenüberschreitung ausgeschlossen.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel in Vertretung von Bürgermeister Dr. Kahle

zu 3.8

Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 8 10/2010)
Vorlage: VO/1597/2010

Der Magistrat hat am 2.11.2007 mitgeteilt, (kl. Anfrage Nr. 15-10/2007), dass der Oberstadtbus nicht mehr die obere Gutenbergstraße (Hanno-Drechsler-Platz) befährt, damit der Bereich zur Vermeidung einer Abkürzungsnutzung durch PKW und LKW gestalterisch umgebaut werden kann. Der Oberstadtbus fährt nunmehr seit fast drei Jahren den Umweg über den Wilhelmsplatz - wann und wie ist eine bauliche Änderung (Sperrung) des Hanno-Drechsler-Platzes geplant?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Zum Schutz der Fußgänger vor durchfahrenden Fahrzeugen und den auch damit verbundenen Lärm- und Abgasbelastungen bestanden Überlegungen zur Umgestaltung des Platzes mit dem Ziel, den Platz gänzlich von Fahrverkehr freizuhalten.

Im Zuge dieser Überlegungen hat sich herauskristallisiert, dass eine Linienführung der Stadtbusse durch die Oberstadt weiterhin erforderlich und über den Hanno-Drechsler-Platz sinnvoll ist. Um eine kurze Linienführung in die Oberstadt auch weiterhin zu gewährleisten, gleichzeitig aber die unberechtigte Nutzung durch den Individualverkehr zu verhindern, wird auf dem Hanno-Drechsler-Platz demnächst ein versenkbarer Poller eingebaut. Dieser kann nur durch die Linienbusse und die Feuerwehr abgesenkt werden.

Ab dem Fahrplanwechsel im Dezember wird die Linie 10 wieder über den Hanno-Drechsler-Platz fahren.

zu 3.9

Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 9 10/2010)
Vorlage: VO/1598/2010

Anwohner der Straße „Hirschberg“ werden durch einige der dort betriebenen Gaststätten mehrmals wöchentlich in ihrer Nachtruhe empfindlich gestört, ebenso durch lärmende, grölende und randalierende Besucher anderer Oberstadt-Gaststätten.

Was gedenkt der Magistrat als Ordnungsbehörde zu unternehmen, um den Anwohner(inn)n die gesetzliche vorgegebene Möglichkeit zur Nachtruhe zwischen 22:00 Uhr und 07:00 Uhr zu gewährleisten?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Mit den betroffenen Gastwirten wurden Gespräche über diese Lärmbelästigungen geführt. Sie sicherten zu, im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles zu tun, damit die Anwohner des Hirschberges nicht mehr durch ihre Gäste gestört werden. Zudem werden verstärkt Kontrollen in diesem Bereich durchgeführt und es wurden vor Ort erste Anordnungen gegenüber den Gastwirten getroffen. Sollten weitere Beschwerden eingehen, erfolgen von Seiten des FD Ordnung weitere ordnungsrechtliche Schritte gegen die Gastwirte.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel (FDP) und Schäfer (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 3.10

Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 10 10/2010)
Vorlage: VO/1599/2010

**Der neue Hirsefeldsteg wird recht zögerlich fertig gestellt.
Was ist der Grund dafür?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Neubau Hirsefeldsteg geplanter und tatsächlicher Zeitablauf:

Im Jahr 2009 wurden zunächst die Pfeiler für den neuen Hirsefeldsteg errichtet, weil aufgrund naturschutz- und wasserrechtlicher Genehmigungsaufgaben (Risiko von Hochwasser) die effektiv mögliche Bauzeit von Mai bis Oktober für die Errichtung der gesamten Brücke mit den erforderlichen Zuwegungen zu kurz war. Die Bauarbeiten wurden deshalb in zwei Bauabschnitte eingeteilt und in diesem Jahr der größere Teil Anfang des Jahres am 27.01.2010 vergeben. Der Vertrag, der mit der bauausführenden Arbeitsgemeinschaft geschlossen wurde, sah vor, dass die Bauarbeiten für den Neubau des Hirsefeldsteges einschließlich Abbruch des alten Steges spätestens Ende Oktober beendet sein sollen. Zwischentermine waren nicht vereinbart worden. Der Baubeginn fand Ende Mai statt. Die lange Dispositionszeit zwischen Auftragsvergabe und tatsächlichem Baubeginn war der aufgrund langen Lieferzeit von FSC-zertifiziertem Holz erforderlich und um sicherzustellen, dass abgelagertes Holz für die Rahmenbauteile des Steges verwendet werden kann, da frisches feuchtes Holz zu Verwerfungen neigt. Die Zuwegungen (Rampe und Bastion) an den Brückenköpfen waren bis auf geringfügige Restarbeiten seit Anfang September 2010 nahezu fertig gestellt.

Die Hauptmontage für den Überbau des neuen Hirsefeldsteges ist nunmehr seit 18.10.2010 im Gange und soll Ende der 43. KW Woche (29.10.2010) beendet sein. Bei der Montage und den nachfolgenden Anpassungsarbeiten sind zeitweilige Sperrungen des Fußgänger- und Radverkehrs in Abstimmung mit der Straßenverkehrsbehörde notwendig.

Es war geplant den neuen Hirsefeldsteg in der 45. oder 46. KW zur Benutzung frei zu geben. Die offizielle Eröffnung soll jedoch erst nach Abbruch des alten Hirsefeldsteges stattfinden, wenn alle Arbeiten erledigt sind.

Zu Verzögerungen im Bauablauf kam es aufgrund folgender Umstände:

Der von der bauausführenden Arbeitsgemeinschaft im Mai 2010 vorgelegte Bauzeitenplan sah zunächst eine Brückenmontage ab Anfang August 2010 vor, so dass zunächst bis Ende September mit einer Verkehrsfreigabe des neuen Hirsefeldsteges gerechnet werden konnte. Es kam jedoch zu Zeitverzögerungen von ca. 2 bis 3 Wochen, weil die Erstellung und Abstimmung der Werksplanung mehr Zeit erforderte als angenommen.

Außerdem stellte sich bei der weiteren technischen Bearbeitung und Vorbereitung der Montage heraus, dass es entgegen der ursprünglichen Absicht der Arbeitsgemeinschaft die Vormontage vor Ort durchzuführen aus Gründen der Qualitätssicherung, günstiger ist, möglichst viele Montageschritte im Werk vorzunehmen. Dadurch verschob sich der Beginn der Montage auf der Baustelle entsprechend nach hinten, so dass es dazu kam, dass von Anfang September bis Mitte Oktober kaum Bautätigkeit vor Ort stattfand. Die Brückenmontage vor Ort wird dadurch aber weniger Zeit in Anspruch nehmen als geplant.

Weiterhin ist absehbar, dass es bei der Belieferung von Einbauteilen für den Belag und das Geländer zu Terminverzögerungen kommen wird, so dass es sich die Fertigstellung des Hirsefeldsteges voraussichtlich um weitere ein bis zwei Wochen verschieben kann.

Die Verzögerungen werden nicht zu Mehrkosten führen, die die Stadt zu tragen hat.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Um 16:37 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

zu 3.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 11 10/2010)
Vorlage: VO/1600/2010

Vor etlicher Zeit waren Planungen zur Verschönerung des Umfelds des Schröcker Brunnens fest in der Planung. Warum sind diese bisher nicht umgesetzt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Planungen zur Umfeldgestaltung Schröcker Brunnen wurden im Rahmen der Dorferneuerung erarbeitet und mit allen Beteiligten abgestimmt. Vorgesehen war, gemeinsam mit der Verwaltung Schlösser und Gärten/Bad Homburg und dem Hessenforst, die Umsetzung über das Dorferneuerungsprogramm durchzuführen.

Trotz der stattgefundenen positiven Vorgespräche wurde das Projekt von der Wirtschafts- und Infrastrukturbank allerdings nicht in den Förderkatalog Dorferneuerung mit aufgenommen, so dass hier keine Fördermittel aus dem Dorferneuerungsprogramm bereitgestellt werden.

In den städtischen Haushalt wurde das Projekt unter der Voraussetzung einer Förderung aufgenommen. Derzeit wird ein Antrag für das Programm „Region Marburger Land“ vorbereitet und die Antragstellung soll noch dieses Jahr erfolgen. Geplant ist nach wie vor, die Umfeldgestaltungsmaßnahme gemeinsam mit Schlösser und Gärten und dem Hessen-Forst durchzuführen.

zu 3.12 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 12 10/2010)
Vorlage: VO/1617/2010

In welcher Gemeinde werden Marburgerinnen und Marburger, deren Bestattungskosten vom Sozialamt getragen werden, beigesetzt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Grundsätzlich werden Marburger Bürgerinnen und Bürger, die in Marburg versterben, auch auf den Friedhöfen von Marburg beigesetzt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) und Schäfer (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Damit ist die Fragestunde zeitlich abgelaufen. Die restlichen Kleinen Anfragen Nr. 13 bis Nr. 27 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

zu 4 Neufassung der Satzung der Sparkasse Marburg-Biedenkopf
Vorlage: VO/1354/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Marburger Linken, FDP und MBL und bei Enthaltung von CDU und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

1. **Die beigefügte Neufassung der Satzung der Sparkasse Marburg-Biedenkopf wird beschlossen.**
2. **Die Stadtverordnetenversammlung weist ausdrücklich darauf hin, dass nach § 12 Hessisches Gleichberechtigungsgesetz auch bei der Besetzung von Verwaltungsräten der Sparkassen mindestens die Hälfte der Mitglieder Frauen sein sollen. Die Träger der Sparkasse Marburg-Biedenkopf sind verpflichtet, bei der nächsten Wahl des Verwaltungsrates diesen Grundsatz zu beachten.**

zu 5 Straßenbenennung im Stadtteil Bortshausen
Vorlage: VO/1514/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die im Plan gekennzeichnete Straße erhält den Namen:

„An den drei Morgen“

Der Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

zu 6 Solarsatzung
Vorlage: VO/1332/2010

Gleichzeitig aufgerufen wird der Tagesordnungspunkt 15.16
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Solarförderung VO/1567/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss hat die Vorlage in seiner Sitzung am 19.10.2010

ausführlich beraten. Der Oberbürgermeister hat den Beschlusstext der Vorlage auf folgende Fassung abgeändert (Änderungen fett und kursiv):

"Die in **Anlage 2** dargestellte Satzung zur Solaren Baupflicht (Entwurf vom **24.08.2010**) wird auf der Grundlage der §§ 5 und 51 Nr. 6 der Hess. Gemeindeordnung (HGO) und des § 81 Abs. 2 Hess. Bauordnung (HBO) beschlossen."

Die Fraktion Marburger Linke hat einen Änderungsantrag zur Vorlage eingebracht, der folgenden Text hat:

"§ 7 Anforderungen bei Kulturdenkmälern, Ensembles und beim Umgebungsschutz nach dem Hessischen Denkmalschutzgesetz

(1) Bei baulichen Anlagen, die denkmalgeschützte Gebäude, Gebäude in einer Gesamtanlage oder in der Umgebung eines Kulturdenkmals betreffen, sind ausschließlich solarthermische Anlagen unauffällig in das untere Drittel der Dachhaut zu integrieren. Andere Installationen sind unzulässig.

(2) Laut „Bausatzung der Universitätsstadt Marburg über die Gestaltung baulicher Anlagen in der Marburger Altstadt" ist ableitend von §§ 2 und 5 eine Störung der Ansicht eines Kulturdenkmals oder des Stadtbildes aus öffentlich zugänglichen Bereichen und der Schlossperspektive durch Solarmodule nicht zulässig (vgl. Dachflächenfenster, Sat-Anlagen etc.) [Der nachfolgende Satz entfällt. Dann weiter:] Dies gilt auch für die Süd- und Nordseite des Schlossberges außerhalb des Geltungsbereichs der „Bausatzung der Universitätsstadt Marburg über die Gestaltung baulicher Anlagen in der Marburger Altstadt"

Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke abzulehnen. Zur Vorlage 6 empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung in der abgeänderten Fassung. Aussprache wurde angemeldet.

Die Vorlage wurde auch im Bau- und Planungsausschuss beraten. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung das gleiche Votum wie der Umweltausschuss.

Auch der Haupt- und Finanzausschuss hat sich mit dieser Vorlage befasst. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pflaz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss hat sich den Voten des Umweltausschusses und des Bau- und Planungsausschusses angeschlossen und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die vorgetragene Beschlussfassung.

Ausschussberichte zum Tagesordnungspunkt 15.16

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pflaz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Im Rahmen der Aussprachen sprechen Oberbürgermeister Vaupel, sowie die

Stadtverordneten Göttling (Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Schaffner (CDU), Schwebel (FDP), Dr. Uchtmann (MBL), Dr. Musket (SPD), Prof. Dr. Dingeldein (FDP), Ludwig (MBL), Göttling (Bündnis 90/Die Grünen), Severin (SPD), Pfalz (CDU), Dorn (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Musket (SPD). Für den Magistrat spricht nochmals Oberbürgermeister Vaupel.

Nach Beendigung der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke aus den Ausschüssen abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt 6 - Solarsatzung

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Nein-Stimmen der CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Die in Anlage 2 dargestellte Satzung zur Solaren Baupflicht (Entwurf vom 24.08.2010) wird auf der Grundlage der §§ 5 und 51 Nr. 6 der Hess. Gemeindeordnung (HGO) und des § 81 Abs. 2 Hess. Bauordnung (HBO) beschlossen.

Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt 15.16 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Solarförderung

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltung der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Die Richtlinie der Universitätsstadt Marburg zur Förderung von solarthermischen Anlagen (Stand: 09.03.2009) wird dahin geändert, dass statt des Betrages 410 Euro jeweils der Betrag 1.000 Euro und statt des Betrags 205 Euro jeweils der Betrag 500 Euro eingesetzt wird.

zu 7

Bauleitplanung der Stadt Marburg
Beschluss zur Teiländerung des Flächennutzungsplanes Nr. 5/8 im Bereich des Stadtteiles Ockershausen, Tierbestattungsstelle

• Zustimmungsbeschluss
Vorlage: VO/1475/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu der Magistratsvorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Teiländerung Nr. 5/8 des Flächennutzungsplanes
„Tierbestattungsstelle“ mit Begründung wird zugestimmt.**

zu 8

Bauleitplanung der Stadt Marburg
Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs Nr. 14/13, Wiesentalweg, Stadtteil
Schröck
Vorlage: VO/1499/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnete Sell (SPD) hat angeregt eine Protokollnotiz auszunehmen:
"An geeigneten Stellen sollen Lampen aufgestellt, um die Sicherheitslage zu erhöhen."

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss hat sich dem Votum des Umweltausschusses angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- **Gemäß § 13a in Verbindung mit § 13 Baugesetzbuch (BauGB) wird die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Bebauungsplanentwurfs Wiesentalweg, Stadtteil Schröck, beschlossen.**
- **Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird arrondiert. Jeweils ein Teilbereich der Flurstücke 65/4 (Flur 9) und 157 (Flur 6) sind nicht mehr Bestandteil des Bebauungsplangebietes.**

zu 9

Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 8/29 "Klinik Sonnenblick" der
Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/1541/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Im Umweltausschuss wurde angeregt, dass die Vorlage auch mit dem Denkmalbeirat abgestimmt wird.

Der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) regte eine Textergänzung der Vorlage an. Seite 2, Abs. 2 soll wie folgt ergänzt werden (Ergänzung ist fett und kursiv gedruckt):

"Der geplante Ersatzbau mit 5 Obergeschossen ist auf dem nord-westlichen Grundstücksteil des Sonnenblick-Klinik-Areals geplant. Das bestehende

Hauptgebäude, das zentriert auf dem Grundstück anzutreffen ist, wird in der Bauphase des Neubaus in seinem Betrieb aufrechterhalten. Mit der Nutzung des Neubaus wird nach jetziger Planung der Altbau zurückgebaut. Aus Sicht der Universitätsstadt Marburg sollten allerdings andere Verwendungsmöglichkeiten geprüft werden. **Es ist zu prüfen, ob der bisherige Bau für studentisches Wohnen, insbesondere im Bereich Medizin/Naturwissenschaften, gesichert werden kann.** Die Erschließung des Grundstücks ist über eine private Straße an die öffentliche Verkehrsfläche gesichert."

In der weiteren Diskussion ändert Oberbürgermeister Vaupel die Vorlage für den Magistrat wie folgt:

"Der geplante Ersatzbau mit 5 Obergeschossen ist auf dem nord-westlichen Grundstücksteil des Sonnenblick-Klinik-Areals geplant. Das bestehende Hauptgebäude, das zentriert auf dem Grundstück anzutreffen ist, wird in der Bauphase des Neubaus in seinem Betrieb aufrechterhalten. Mit der Nutzung des Neubaus wird nach jetziger Planung der Altbau zurückgebaut. Aus Sicht der Universitätsstadt Marburg sollten allerdings andere Verwendungsmöglichkeiten, **u. a. studentisches Wohnen**, geprüft werden. Die Erschließung des Grundstücks ist über eine private Straße an die öffentliche Verkehrsfläche gesichert."

Der Stadtverordnete Göttling stellte sodann den Antrag, den Ergänzungsantrag der Marburger Linken für erledigt zu erklären. Diesem Antrag wurde mehrheitlich gefolgt.

Im Übrigen empfiehlt der Umweltausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu der vom Oberbürgermeister ergänzten Magistratevorlage.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss hat die Vorlage ausführlich beraten und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zur ergänzten Vorlage.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt nunmehr zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke aus den Ausschüssen abstimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke wird abgelehnt.

Beschlussfassung über die ergänzte Magistratevorlage:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für den im beiliegenden Übersichtsplan gekennzeichneten Bereich wird die Aufstellung des Bebauungsplanes 8/29 "Klinik Sonnenblick" gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit einem städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 BauGB beschlossen.

zu 10 Beteiligung der Stadtwerke Marburg GmbH an der interkommunalen Energiehandelsgesellschaft fünfwerke GmbH & Co. KG sowie der fünfwerke Verwaltungs-GmbH
Vorlage: VO/1410/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Beteiligung der Stadtwerke Marburg GmbH an der interkommunalen Energiehandelsgesellschaft fünfwerke GmbH & Co. KG sowie der fünfwerke Verwaltungs-GmbH mit einem Gesellschaftsanteil von jeweils 20 % wird zugestimmt.

Anmerkung: Der Stadtverordnete Acker (SPD) hat wegen möglicher Interessenkollision gemäß § 25 HGO an der Beratung dieses Tagesordnungspunktes nicht teilgenommen. Er hat den Sitzungssaal verlassen.

zu 11 Kindertagesbetreuung in der Universitätsstadt Marburg 2010 - 2013. Teil A.1:
Kindertagesbetreuung von 0 bis 6 Jahren
Vorlage: VO/1492/2010

Diese Magistratsvorlage wurde vom Oberbürgermeister zurückgestellt bis zur Novembersitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

zu 12 Resolution der im Deutschen Städtetag organisierten öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zum Referentenentwurf des Kreislaufwirtschaftsgesetzes
Vorlage: VO/1566/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Universitätsstadt Marburg unterstützt und unterzeichnet die Resolution des Deutschen Städtetages zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts.

zu 13 Dringlichkeitsanträge

zu 14 Anträge der Fraktionen

zu 14.1 Antrag der MBL-Fraktion betr. Umgang mit Prüfanträgen
Vorlage: VO/1063/2010

Der Antrag ist im Ältestenrat nach ausführlicher Beratung von den Antragstellern für Erledigt erklärt worden. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 14.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Sitzungssaalausstattung durch WLAN-Zugang
Vorlage: VO/1194/2010

Auch dieser Antrag ist im Ältestenrat beraten worden. Der Stadtverordnetenvorsteher führt aus, dass in den Funktionsräumen Internetzugänge vorhanden sind, die von den Fraktionen jedoch bisher nicht genutzt wurden. Die Beratung im Ältestenrat hat ergeben, dass sich für diesen Antrag im Hause keine Mehrheit abzeichnet. Die antragstellende Fraktion besteht jedoch auf eine Abstimmung in der Sache. Außerdem wurde die Aussprache angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) und Göttling (Bündnis 90/Die Grünen).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und mit Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 14.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Einführung einer Bürgerfragestunde in der Stadtverordnetenversammlung
Vorlage: VO/1197/2010

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, dass dieser Antrag im Ältestenrat ausführlich beraten wurde. Der Ältestenrat hat vereinbart, ihn als Prüfantrag zu beschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird um folgende Prüfung gebeten:

- (1) §5 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung wird um Absatz 09 ergänzt, der folgenden Wortlaut hat:

Im Rahmen der Stadtverordnetenversammlungen ist eine Bürgerfragestunde einzurichten. Diese soll zeitlich so eingerichtet werden, dass Berufstätige an ihr teilnehmen können.

- (2) Die Einrichtung einer Bürgerfragestunde soll vorbehaltlich eines erfolgreichen Beschlusses durch das Marburger Stadtparlament den Bürgern bestmöglich zur Kenntnis gebracht werden (Medien, Flyer, Plakate, Webseite der Stadt).

zu 14.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung: Internet Live Stream der Ausschusssitzungen und der Stadtverordnetenversammlungen einrichten
Vorlage: VO/1198/2010

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, dass dieser Antrag im Ältestenrat ausführlich beraten wurde. Der Ältestenrat hat vereinbart, ihn als Prüfantrag zu beschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird um folgende Prüfung gebeten:

Der Magistrat wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass der Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung umgehend mit der notwendigen technischen Ausstattung versehen wird, um die Stadtverordnetenversammlungen

- (1) baldmöglichst im Internet als Video-LiveStream übertragen zu können und**
- (2) die mitgeschnittenen VideoStreams als Downloads von der Marburger Stadtwebseite zum Herunterladen anzubieten.**

zu 14.5 Antrag der FDP-Fraktion betr. Umbenennung der „Sommerbadstraße“ im Stadtteil Weidenhausen in „Hermannstädter Straße“
Vorlage: VO/1374/2010

Der Antrag ist im Ältestenrat ausführlich beraten worden. Es wurde vereinbart, ihn zurückzustellen, damit die FDP-Fraktion weitere Gespräche betreffend die Umbenennung der Sommerbadstraße führen kann.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

zu 14.6 Antrag der CDU-Fraktion betr. Verkehrskonzept Cappel
Vorlage: VO/1389/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss hat den Antrag ausführlich beraten und über den Satz 1 sowie die Sätze 2 und 3 getrennt abgestimmt. Der Satz 1 wird zur Annahme empfohlen, die Sätze 2 und 3 werden vom Umweltausschuss zur Ablehnung empfohlen.

Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss hat sich dem Votum des Umweltausschusses angeschlossen und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls so zu entscheiden.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Absätze getrennt abstimmen.

Zu Ziffer 1.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird aufgefordert,
1. ein Verkehrskonzept für Cappel betreffend den Bereich Ronhäuser
Straße, Capper Markt, Zum Rosenmorgen sowie Marburger Straße zu
erstellen;**

Zu Ziffer 2.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, MBL, FDP und Marburger Linken und Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Die Ziffer 2. der Beschlussformulierung wird abgelehnt

.

Zu Ziffer 3.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, MBL, FDP und Marburger Linken und Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Die Ziffer 3. der Beschlussformulierung wird abgelehnt.

zu 14.7 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Atommülltransport durch Marburg
Vorlage: VO/1442/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte spricht die Stadtverordnete Dorn (Bündnis 90/Die Grünen).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt,

- die Hessische Landesregierung aufzufordern, das für einen durch Marburg führenden Castor-Transport erarbeitete Sicherheitskonzept für Marburg vorzulegen

- die Initiative gegen den Castor-Transport durch Marburg zu unterstützen

zu 14.8 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Energieinitiative
Vorlage: VO/1443/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss hat den Antrag ausführlich beraten. Über die Sätze 1 bis 3 wurde getrennt abgestimmt. Satz 1 wurde einstimmig angenommen. Die Sätze 2 und 3 wurden mehrheitlich zur Annahmen empfohlen. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dr. Therre-Staal (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Musket (SPD).

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt auch in der Stadtverordnetenversammlung über die Sätze 1 bis 3 getrennt abstimmen.

Zu Satz 1

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Stadtwerken Marburg und anderen Stadtwerken sich den 8KU - den 8 größten kommunalen Energieunternehmen - anzuschließen und darauf hinzuwirken,

- dass die „kommunale Familie“ gegenüber der Bundesregierung die Notwendigkeit des schnellen Ausbaus erneuerbaren Energien und der Stärkung dezentraler Energieversorgung in Form von BHKWs u.a. mit allem Nachdruck deutlich macht;**

Zu Satz 2

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und CDU sowie Nein-Stimmen der FDP und Enthaltungen der MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Stadtwerken Marburg und anderen Stadtwerken sich den 8KU - den 8 größten kommunalen Energieunternehmen - anzuschließen und darauf hinzuwirken,

- **dass sie sich gemeinsam bei der Bundesregierung gegen die dominante Einflussnahme der 4 großen Energiekonzerne bei der Entwicklung des Energiekonzepts wenden;**

Zu Satz 3

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken sowie Nein-Stimmen der CDU und der FDP und bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Stadtwerken Marburg und anderen Stadtwerken sich den 8KU - den 8 größten kommunalen Energieunternehmen - anzuschließen und darauf hinzuwirken,

- **dass eine Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke nicht erfolgt.**

zu 14.9 Antrag der MBL-Fraktion betr. Verwendung allgemein üblicher und anerkannter Kennzahlen zur Darstellung der aktuellen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Beteiligungsunternehmen
Vorlage: VO/1481/2010

Der Antrag wurde von den Antragstellern zurückgestellt bis zur Novembersitzung.

zu 14.10 Antrag der MBL-Fraktion betr. Unternehmensgruppe Stadtwerke GmbH, Jahresfehlbeträge und negatives Eigenkapital der Tochterunternehmen
Vorlage: VO/1482/2010

Der Antrag wurde von den Antragstellern zurückgestellt bis zur Novembersitzung.

zu 14.11 Antrag der CDU-Fraktion betr. Zuschüsse für Schützenvereine
Vorlage: VO/1524/2010

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, Enthaltung der MBL und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 14.12 Antrag der CDU-Fraktion betr. Trinkwasserbrunnen in der Nähe des Skate-Parks auf dem Gelände des Georg-Gaßmann-Stadions
Vorlage: VO/1525/2010

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinenbier (SPD). Der Schlusstenor wurde im Schul- und Kulturausschuss einvernehmlich auf folgende Fassung abgeändert:

"Der Magistrat wird um Prüfung gebeten, ob auf dem Gelände des Georg-Gassmann-Stadions ein Trinkwasserbrunnen in der Nähe des Skate-Parks eingerichtet werden kann."

In dieser Fassung empfiehlt der Schul- und Kulturausschuss die Zustimmung.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung in der geänderten Antragsfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird um Prüfung gebeten, ob auf dem Gelände des Georg-Gassmann-Stadions ein Trinkwasserbrunnen in der Nähe des Skate-Parks eingerichtet werden kann.

zu 14.13 Antrag der CDU-Fraktion betr. Maßnahmen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung
Vorlage: VO/1526/2010

Der Antrag ist im Sozialausschuss beraten worden. Es wurde vereinbart ihn bis zum Abschluss des gerichtlichen Verfahrens zurückzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

zu 14.14 Antrag der CDU-Fraktion betr. Umkehr von Einbahnregelungen
Vorlage: VO/1551/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Im Umweltausschuss wurde der Antrag der CDU-Fraktion in einen Prüfantrag mit folgendem Text umgewandelt:

"Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob die Einbahnstraßenregelung in der Jägerstrasse und der unteren Gutenbergstraße umgekehrt werden können."

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich,

den in einen Prüfantrag abgeänderten Antrag zu beschließen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt zunächst über die ursprüngliche Antragsfassung der CDU-Fraktion abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Die ursprüngliche Antragsfassung wird abgelehnt.

Abstimmung über die Fassung als Prüfantrag

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob die Einbahnstraßenregelung in der Jägerstrasse und der unteren Gutenbergstraße umgekehrt werden können.

zu 14.15 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Sozialratgeber "Adressführer für Menschen in sozialer Notlage"
Vorlage: VO/1563/2010

Der Antrag ist im Ältestenrat zurückgestellt worden bis zur Dezembersitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Dezembersitzung.

zu 14.16 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Solarförderung
Vorlage: VO/1567/2010

Der Antrag wurde zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 7 Solarsatzung VO/1332/2010 aufgerufen und beschlossen.

zu 15 Kennnismnahmen

zu 15.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Ergebnishaushalt 2010
hier: Produkt 332140 "Straßenreinigung"
Vorlage: VO/1557/2010

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 15.2 Genehmigung des Haushaltes 2010

hier: Verfügung des Regierungspräsidiums Gießen
Vorlage: VO/1560/2010

Die Fraktion Marburger Linke hat im Ältestenrat zu dieser Kenntnisnahme die Aussprache angemeldet.

Es sprechen der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) und der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 15.3 Böschungsgestaltung neben der Luisa-Haeuser-Brücke
Vorlage: VO/1548/2010

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass neben der Luisa-Haeuser-Brücke keine weitere Treppe gebaut werden soll.

zu 15.4 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Budgets zum
30.09.2010
Vorlage: VO/1579/2010

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Budgetbericht zur Kenntnis.

Anschließend erteilt der Stadtverordnetenvorsteher dem Stadtverordneten Reinhold Becker (SPD) das Wort zum Vortrag einer persönlichen Erklärung.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 19:29 Uhr.

zu 16 Anlage

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:00 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Becker
Vorsitzender

der SPD-Fraktion

Heubel
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle